

Analyse

Christian Bale Der Ex-Batman hat sich für «American Hustle» ein ordentliches Fettpolster angefressen. *Von Florian Keller, Berlin*

Der Schwerarbeiter

Man hat ihn nicht kommen hören. Plötzlich ist er da, lautlos in die Suite geschlichen, im Stile der Fledermaus. Der Auftritt aus dem Nichts gehörte zum Repertoire für ihn, als er noch Batman war. Zur Berlinale ist Christian Bale jetzt in Zivil gekommen, schwarzes Hemd und Cargohose, und natürlich gilt auch bei ihm: Er ist kleiner, als man ihn sich vorgestellt hat, feiner auch. Die Hände könnten einem Pianisten gehören.

Der unförmige Bauch, den er in seinem jüngsten Film vor sich her trägt, ist schon wieder weg. Das Fettpolster hatte er sich angefressen für die Rolle als Schwindler in «American Hustle», und wie das so geht, wenn sich ein Star hässlicher macht, als er ist, wurde er zur Belohnung prompt wieder für einen Oscar nominiert. (Für seine Rolle in «The Fighter» wurde er vor drei Jahren als bester Nebendarsteller ausgezeich-



net.)

Körperkult gehört für Christian Bale zum Berufsethos. Als «American Psycho» (2000) wurde er zum Musterathleten, auch als Batman zeigte er später gestählte Brust. Aber er hat es auch schon ins andere Extrem getrieben, damals für «The Machinist» (2004). Dreissig Kilo soll er damals abgenommen haben für die Rolle eines gepeinigten Fabrikarbeiters. Mit 55 Kilo sah er aus, als sei er gerade einem Konzentrationslager entronnen. Ein Schatten seiner selbst, ausgemergelt bis auf die Knochen, gespenstisch.

Aber Christian Bale macht keinen Fetisch aus diesen Leibesübungen für die Kunst. «Das Körperliche eröffnet mir einfach einen ersten Zugang zu einer Figur», sagt er. Dazu gehört in «American Hustle» auch die Frisur: Wie er sich gleich in der ersten Szene in einer komplizierten Operation die Haare

über die Glatze zieht, sagt schon alles aus, was man über diese Figur wissen muss. Das Sein ergibt sich aus dem Schein.

Die Wampe aber, die war echt. Und wie er jetzt darüber redet, am Tisch mit neun Journalisten, zeigt Christian Bale sogar Anflüge von guter Laune: «Meiner Tochter hat es gefallen, dass ich Busen bekam.» Auch auf dem Set habe ihm jeder den Bauch tätscheln wollen: «Kennen Sie diese lächelnden Buddha-Statuen, denen die Leute immer über den Bauch streichen? So kam ich mir auch vor.»

Buddha? So entspannt plaudernd kennt man Christian Bale sonst nicht. Verbissenheit geht im Film oft von ihm aus. Wie zur Bestätigung ist im Netz auch noch eine Tirade aufgetaucht, ein Mitschnitt vom Set zum letzten «Terminator» (2009). Da hörte man Bale, wie er minutenlang aufs Größte den Kameramann beschimpfte, weil

der ihm durchs Bild gelaufen war.

«American Hustle» ist jetzt seine erste Komödie seit «Laurel Canyon» vor zwölf Jahren. Und da fällt es einem auch erst wieder auf, wie jung dieser Christian Bale immer noch ist. 40 ist er gerade erst geworden. So ist das mit Kinderstars: Wenn sie ihren frühen Ruhm erst einmal überlebt haben, ist es, als wären sie schon ewig dabei. Bale war ein Bub aus Wales, 13 Jahre jung, als ihn Steven Spielberg entdeckte und ihm die Hauptrolle gab in «Empire of the Sun» (1987). Heute fühlt er sich längst als Amerikaner, schliesslich habe er inzwischen den Grossteil seines Lebens in Hollywood verbracht. Nur wenn die englische Fussball-Nationalmannschaft spielt, wird er immer noch sentimental: «Dabei hasse ich den Text der Nationalhymne. Da dreht sich alles nur um die Queen, und kein Wort zum Volk.»

Einwanderung Warum ist die SVP-Initiative auf so wenig Widerstand gestossen? *Von Volker Lösch**

Wacht auf!

Liebe Neunundvierzigkommasiebenprozent,

Nach dem desaströsen Wahlergebnis, das die nationalistischen Parteien am rechten Rand in ganz Europa beflügelt hat, habe ich, ein deutscher Regisseur, der fünf Jahre in Zürich gelebt hat und derzeit am Theater Basel inszeniert, Fragen an Euch.

Warum erhebt in diesem Land kein Prominenter aus Euren Reihen seine Stimme gegen die rassistischen und fremdenfeindlichen SVP-Parolen? Wieso wird das Unwort «Masseneinwanderung» un widersprochen als Diskussionsgrundlage akzeptiert?

Warum habt Ihr der Bevölkerung nicht besser vermittelt, dass die Schweiz mit Dumpingsteuern anderen Staaten die Arbeitsplätze wegnimmt und so zu den Migrationsbewegungen in Europa beiträgt. Und dass es grotesk ist, deren Auswirkungen nun einseitig bekämpfen zu wollen. Wieso stellt Ihr nicht den zerstörerischen europaweiten Steuerwettbewerb in Frage?

Warum wart Ihr in den letzten Wochen in der öffentlichen Diskussion so wenig präsent? Weshalb argumentiert Ihr so zaghaft und halbherzig, statt den rechten Polemikern mit besseren Argumenten lustvoll Paroli zu bieten?

Warum bietet Ihr den rechten Polemikern nicht mit besseren Argumenten Paroli?

Warum habt Ihr Euren Landsleuten nicht unmissverständlich klar gemacht, dass die Schweiz ein aktives Einwanderungsland ist, dass Mobilität und Migration heute zum Alltag in allen Ländern Europas gehören, und dass es schlicht unmöglich ist, Einwanderung zu fördern und sie gleichzeitig abzulehnen?

Warum räumt Ihr nicht mit diesem sinnfreien Gerede von Integration und Anpassung auf und haltet stattdessen fest, dass wir in Europa in einem gemeinsamen Kultur- und Denkraum leben, der das tolerante Einlassen aller auf alle fordert? Wieso habt Ihr Euch nicht entschieden gegen die populistische Propaganda gewandt, die das Zusammenleben wieder entlang ethnischer Linien organisieren will?

Warum habt Ihr nicht angeprangert, dass ein Milliarden Millionen in die Ja-Kampagne gepumpt hat?

Weshalb erzählt Ihr den Leuten nicht, dass es volle Züge, Busse und Strassen in jeder europäischen Stadt

gibt - und dass das nichts mit der Einwanderung zu tun hat?

Weshalb erzählt Ihr nicht die Wahrheit über uns Deutsche, dass nämlich die meisten von uns eingeladen wurden, in die Schweiz zu kommen, sie also niemandem etwas wegnehmen, und dass die deutsche Einwanderung seit 2008 kontinuierlich zurückgeht?

Warum fällt Ihr immer wieder auf die Ästhetik der Gegenseite herein und druckt lustlose Broschüren und phantasiefreie Plakate mit denselben Motiven? Warum besteht Ihr nicht auf Euren legitimen Positionen zum Thema Einwanderung, anstatt kleinlaut Forderungen der Rechten in Eure Argumentationen aufzunehmen?

Weshalb weist Ihr nicht auf den Zusammenhang von Neoliberalismus und Abstiegsängsten hin - und wie diese zu Fremdenfeindlichkeit führen können? Warum überlasst Ihr diesen Diskurs kampfflos den anderen?

Warum argumentiert Ihr nicht mehrheitlich humanistisch? Warum sind die Menschenrechte in Euren Diskussionen kaum ein Thema? Weshalb sind die negativen EU-Reaktionen und die wirtschaftlichen Konsequenzen die wichtigsten Gründe für Euer Nein gewesen?

Liebe Neunundvierzigkommasiebenprozent: Ihr hättet es locker schaffen können. Mit ein wenig mehr persönlichem Engagement, Mut und politischem Gestaltungswillen hättet Ihr die Ängstlichen und Rückwärtsgewandten nicht nur besiegen, sondern viele von ihnen auch überzeugen können.

Wir Deutsche und Schweizer sind vergleichsweise reich. Wir sprechen dieselbe Sprache, sind uns mentalitätsmässig verwandt, und wir haben ähnliche politische Probleme zu lösen.

Wir Neunundvierzigkommasiebenprozent - ich glaube nicht, dass in Deutschland eine ähnliche Abstimmung viel anders ausgegangen wäre - dürfen da nicht passiv bleiben und hoffen, dass sich die Gegenseite schon nicht durchsetzt. Aussitzen reicht nicht mehr, wir müssen handeln.

Handlungsfähig sind wir aber nur, wenn wir eine Vorstellung von einer wünschbaren Zukunft haben. Also müssen wir die Dinge beim Namen nennen und für die Welt kämpfen, die wir für möglich halten. Das Feld nicht den anderen überlassen. Uns einmischen.

* Volker Lösch ist ein deutscher Theaterregisseur. Seine Inszenierung von «Biedermann und die Brandstifter» hat am 27. Februar in Basel Premiere.



Bildlegende. Foto: Vorname Name, Agentur

Seco Regierung und Spitzenbeamte stemmen sich gegen Transparenz. Das ist bedenklich. *Von Christian Brönnimann*

Misstrauen fördert Misstrauen

«Jede Person hat das Recht, amtliche Dokumente einzusehen und von den Behörden Auskünfte über den Inhalt amtlicher Dokumente zu erhalten.» Seit knapp zehn Jahren ist dieser Grundsatz einer transparenten Verwaltung im Schweizer Gesetz verankert. Das ist gut so. Denn das Öffentlichkeitsgesetz gibt Bürgern - und mit ihnen Journalisten - ein Mittel in die Hand, um an Unterlagen zu gelangen, die Ämter nicht von sich aus publizieren. Nicht selten enthalten diese Papiere die relevantesten Informationen. Doch hochrangige Beamte versuchen, das Öffentlichkeitsgesetz zu schwächen. Zu viel Transparenz ist ihnen ein Graus. So haben die Generalsekretäre der sieben Departemente - im Organigramm stehen diese direkt unter den Bundesräten - eine Überprüfung des Gesetzes eingeleitet, wie die «SonntagsZeitung» kürzlich berichtete. Die Anwendung des Gesetzes entsprechen nicht mehr den ursprünglichen Anliegen, wird moniert. Offenbar wollen zudem verwaltungsinterne Kontrollinstanzen (ausgerechnet) vom Gesetz ausgenommen werden. Es ist nicht das erste Mal, dass die Generalsekretärenkonferenz das Öffentlichkeitsprinzip hintertreibt. Eigentlich wäre schon lange eine

zentrale Datenbank versprochen, in der die Titel aller nicht klassifizierten Unterlagen der Verwaltung abrufbar sind. Doch die obersten Beamten bremsen. Die Frist für die Einführung des Registers ist nun um weitere vier Jahre hinausgeschoben. Vordergründig machen die Generalsekretäre technische Fragen und drohenden Mehraufwand geltend. Doch dies ist wohl nur die halbe Wahrheit. Die Beamten wissen genau, dass die Datenbank die Arbeit der Journalisten erleichtern würde. Ohne Register wissen jene oftmals gar nicht, nach welchen Dokumenten sie überhaupt fragen können. Sie stehen vor dem Heuhaufen und haben keine Ahnung, wie die berühmte Stecknadel schon nur aussehen könnte. Recherchen geraten ins Stocken - und die Verwaltung muss keine unliebsamen Fragen befürchten. Dabei zeigt der kürzlich aufgedeckte Korruptionsfall im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), wie wichtig ein gut etabliertes Öffentlichkeitsgesetz ist, wollen die Medien ihre Funktion als vierte Gewalt wahr nehmen. Am Anfang der Recherche stand ein Gesuch um Offenlegung aller freihändigen Vergaben im Wirtschaftsdepartement. Ohne Öffentlichkeitsgesetz wäre es nicht möglich gewesen, die abschlägige

Antwort des Departements anzufechten. Und ohne die nach einem langen Schlichtungsverfahren abgegebenen rudimentären Informationen wäre die Seco-Geschichte nie ins Rollen gekommen. Ein ähnliches Gesuch ist derzeit vor Bundesverwaltungsgericht hängig. Journalisten der «Sonntagszeitung» kämpfen unter anderem dafür, dass die Verwaltung die Namen der Firmen offenlegt, die vom Bund die grössten Aufträge erhalten. Die Begründung des Bundesamts für Bauten und Logistik (BBL), weshalb dies nicht möglich sein soll, ist abenteuerlich: Die Zahlen gäben Auskunft «über die ordnungsgemässe Erfüllung der Aufträge und lassen umgekehrt auch Schlüsse über eine nicht ordnungsgemässe Erfüllung eines Auftrags zu», schreibt das BBL und fügt an: «Fehlschläge eines Projekts gelten als Geschäftsgeheimnisse.» Das BBL weiss den Bundesrat hinter sich. Auch die Regierung hat sich gegen die Veröffentlichung der Namen ausgesprochen. Der Widerstand von oberster Stelle ist bedenklich. Denn wenn nicht bewusst krumme Geschäfte unter dem Deckel behalten werden wollen, so zeugt er zumindest von einem tiefen Misstrauen gegenüber der Öffentlichkeit. Und wie anders sollten die Bürger